

Pflege: Westerfellhaus im Amt

Der neue Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung ist im Amt: Mitte April hat Andreas Westerfellhaus seine Ernennungsurkunde von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) überreicht bekommen. Zuvor hatte das Bundeskabinett Westerfellhaus offiziell berufen, nachdem Spahn die Personalie überraschend auf dem Deutschen Pflegeetag verkündet hatte (<https://hausarzt.link/u6rUr>). Bei einem ersten Gespräch vor Journalisten betonte Westerfellhaus sein Ziel, eine bundesweite Pflegekammer zu schaffen. Auch Spahn bezeichnete sich als „Verfechter“ dieser Idee.

Junge Mediziner für Think Camp zur Notfallversorgung gesucht

Junge Wissenschaftler, Studierende und Berufsanfänger mit einem Hintergrund in Medizin, Gesundheitsökonomie, Medizinischer Informatik oder Pflege können sich jetzt um die Teilnahme am nächsten Think Camp der Stiftung Münch bewerben. Vom 21. bis 23. September werden 15 ausgewählte Teilnehmer in Frankfurt am Main Vorschläge erarbeiten, wie die Notfallversorgung patientenorientiert und effizient gestaltet werden könnte. Zuvor werden sie in Vorträgen und Gesprächsrunden mit Experten in das Thema eingeführt. Die Stiftung trägt die Kosten für Übernachtung und Verpflegung im Veranstaltungshotel, die Teilnehmer müssen nur die Reisekosten selbst übernehmen.

Die Bewerbungsfrist endet am 1. August.

Bewerbung und Informationen unter
<https://hausarzt.link/ELKHQ>

Gesetz zur GKV-Finanzierung soll vor Juli kommen, Ärzte und Pflege folgen



Die im Koalitionsvertrag festgehaltene Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der GKV soll zeitnah realisiert werden. Dazu hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Ende April den Entwurf eines sogenannten GKV-Versichertenentlastungsgesetzes (GKV-VEG) in die Abstimmung

innerhalb der Bundesregierung gebracht. Der Entwurf liegt „Der Hausarzt“ vor. Das Gesetz soll möglichst bis zur Sommerpause ab 6. Juli verabschiedet sein, um den Krankenkassen organisatorischen Vorlauf bis zum 1. Januar 2019 einzuräumen.

Zeitgleich hat Spahn zwei weitere Gesetze angekündigt: das Pflegesofortprogramm sowie ein die ambulante Versorgung betreffendes Gesetz. Dieses soll etwa eine bessere Vergütung der sprechenden Medizin beinhalten und noch vor Jahresende in Kraft treten. Details nannte Spahn zunächst jedoch nicht. Die Rückkehr zur Parität soll die Versicherten im ersten Schritt um 6,9 Milliarden Euro entlasten. Zudem will Spahn Kassen mit hohen Finanzreserven zum Abbau ihres Geldpolsters verpflichten. Hier sieht er ein weiteres Entlastungsvolumen von „etwa vier Milliarden Euro“. Die Finanzreserven einer Kasse sollen das Volumen ei-

ner Monatsausgabe künftig nicht mehr überschreiten. Krankenkassen sollten Geld „nicht übermäßig horten“, begründete Spahn. Der Mindestbeitrag für Selbstständige wird laut GKV-VEG ab 1. Januar auf 171 Euro monatlich halbiert. Bei Kassen und Opposition stieß der Gesetzentwurf auf Kritik. Auch SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach kündigte kurz vor Redaktionsschluss an, seine Partei werde Spahns Vorschlag in dieser Form nicht mittragen. Das Geld werde dringend für die Finanzierung der Pflege gebraucht. „Wenn wir jetzt die Rücklagen der Kassen abschmelzen, haben wir auf Dauer nicht genug Mittel, um den Pflegenotstand anzugehen.“ (jk)